

Mit der Impfquote glänzt das Land nicht

Niedriger als in Liechtenstein ist die Anzahl Geimpfter nur in Osteuropa und auf dem Balkan. Lediglich im Mittelfeld liegt auch die Schweiz.

Valeska Blank

«Die Impfung ist der beste Weg aus der Pandemie» – so oder ähnlich tönt es seit Monaten fast schon mantraartig von den Rednerpulten der Regierungsmitglieder zahlreicher Länder. Und in Liechtenstein und der Schweiz heisst es meistens im gleichen Atemzug: Die Zahl der Geimpften ist immer noch zu niedrig.

Österreich und Schweiz etwa in derselben Liga

Die Politiker haben recht: Mit einer Vorzeigequote in Sachen Coronaimpfung kann Liechtenstein wirklich nicht dienen – und genauso wenig die Nachbarländer Schweiz und Österreich. Mindestens eine Dosis erhalten haben in Liechtenstein bis jetzt rund 64 Prozent der Bevölkerung (Anm. d. Red: Diese Zahl stammt vom Onlineportal «Our World in Data» der Universität Oxford; die vom Amt für Statistik ausgewiesene aktuelle Quote ist mit 62,8 Prozent noch etwas tiefer). Auch die Schweiz und Österreich bewegen sich mit 63,7 Prozent in dieser Grössenordnung.

Mehr Impffreudigkeit im restlichen Westeuropa

Wie ein Vergleich mit den anderen Ländern Europas zeigt (siehe Karte rechts), gehören Liechtenstein und seine Nach-

barstaaten mit dieser Quote nicht gerade zu den Spitzenreitern.

In den meisten Ländern Westeuropas ist die Impffreudigkeit in der Bevölkerung deutlich höher: So sind in Grossbritannien knapp 72 Prozent mindestens einmal geimpft. Frankreich und Italien kommen auf einen Anteil von rund 75 Prozent Erstgeimpften.

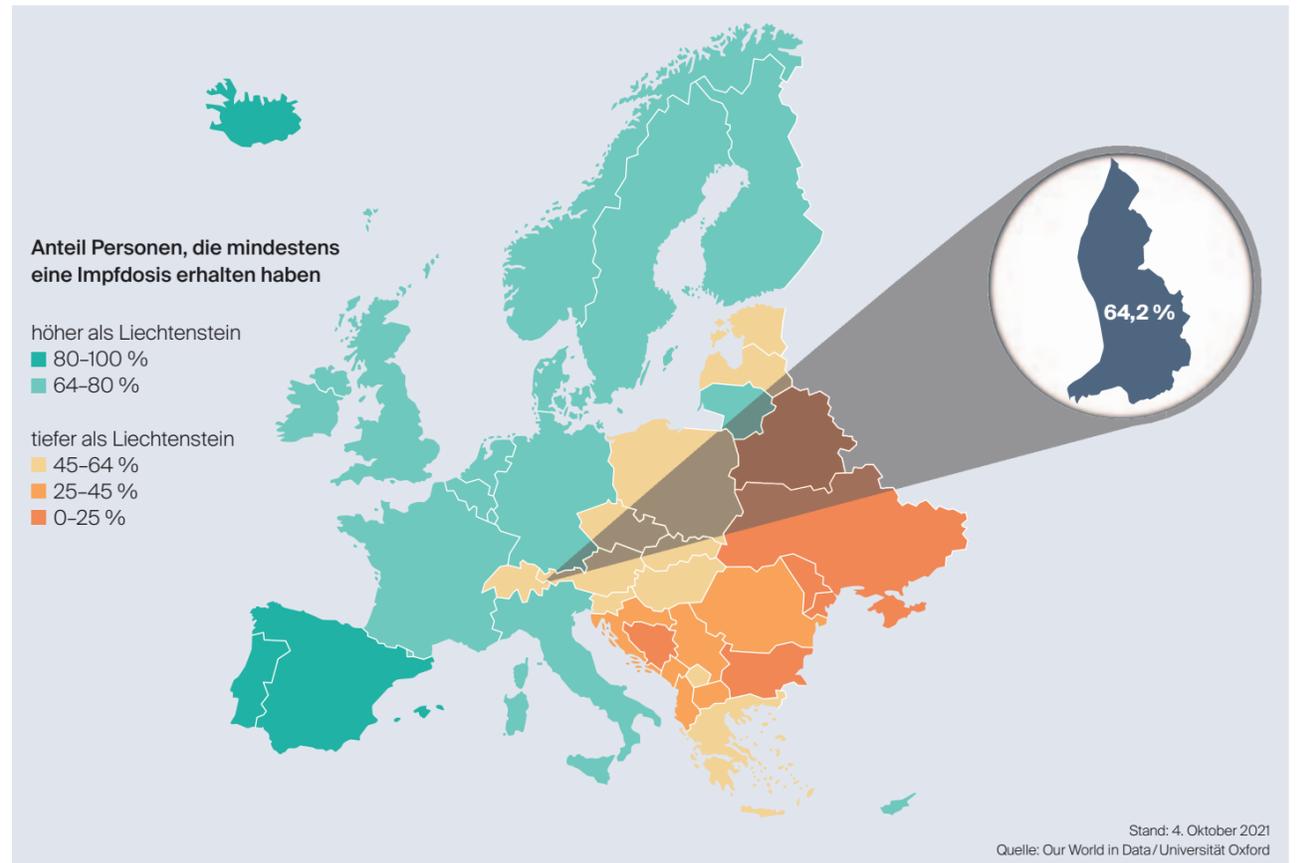
Ein Offizier führte Portugal zum Impferfolg

Noch viel weiter nach oben in der Hitliste schaffen es die Länder auf der iberischen Halbinsel: In Spanien beträgt die Quote der Erstgeimpften knapp 81 Prozent. Einsamer europäischer Spitzenreiter ist derzeit Portugal mit 88 Prozent. Das Land ist mit einer Impfkampagne aufgefallen, die offenbar gut in der Bevölkerung angekommen ist. Zum Erfolg beigetragen hat unter anderem ein portugiesischer Marineoffizier, der die Impfkampagne in den letzten Monaten mit militärischer Disziplin vorangetrieben hat. Auch Island und Malta können sich mit ihren rund 82 Prozent zu den impffreudigsten Staaten Europas zählen.

Misstrauen gegen die Impfung in Südosteuropa

Wer schlechter als Liechtenstein abschneidet, sind die ost- und südosteuropäischen Län-

Liechtenstein hat unter den westeuropäischen Ländern eine der tiefsten Impfquoten



der. Das Misstrauen der Bevölkerung gegen die Coronaimpfung ist dort offensichtlich immer noch enorm. Das zeigt sich auch deutlich in den Zah-

len: In der Ukraine, dem europäischen Schlusslicht, und Bosnien und Herzegowina ist nicht einmal ein Viertel der Bevölkerung erstgeimpft. Immer noch

unter 50 Prozent liegt die Quote etwa im Kosovo oder in Kroatien. Tiefe Impfquoten weisen auch Weissrussland, Albanien oder Nordmazedonien

aus. Fast gleichauf mit der Zahl in Liechtenstein hingegen ist die Zahl der mindestens einmal geimpften Personen in Ungarn, Litauen oder Griechenland.

Jagdgesetz: Regierung ändert Vorlage im Sinne des Tierschutzes

An der Einführung einer staatlichen Wildhut und der Möglichkeit zur Ausscheidung von Intensivbejagungsgebieten wird festgehalten.

In der September-Session debattierte der Landtag über sieben Stunden über die Abänderung des Jagdgesetzes. Hauptziel der Vorlage ist die Reduktion des Rotwildbestandes in Liechtenstein. Aus Sicht der Regierung und des Amtes für Umwelt bedroht der derzeit überhöhte Wildbestand die Schutzwälder und die Waldverjüngung Liechtensteins. Künftig sollen zwei staatliche und mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattete Wildhüter die Jäger unterstützen und die Möglichkeit zur Ausscheidung von Intensivjagdgebieten geschaffen werden. Die Vorlage ist umstritten – die Konfliktlinie klar: Förster und Waldbesitzer begrüssen die Massnahmen, die Mehrheit der Jäger lehnt sie ab. Trotzdem trat der Landtag im September einhellig auf die Vorlage ein.

Im Rahmen der Debatte wurden aber einige Fragen grundsätzlicher Natur aufgeworfen und Kritik an gewissen Details geübt – dabei ging es vor allem um Bedenken im Sinne des Tierschutzes. In ihrer Stellungnahme stellt die Regierung klar, dass sie an der staatlichen Wildhut und den Intensivbejagungsgebieten festhalten will. «Die Regierung ist weiterhin davon überzeugt, dass die gegenständliche Vorlage für eine nachhaltige Verbes-

serung der Waldverjüngung unerlässlich ist», heisst es im Bericht. Die beiden Hauptpunkte seien Voraussetzung dafür, dass auch die übrigen Schritte des Massnahmenpakets «Waldverjüngung» erfolgreich weiter vorangetrieben werden können. Die Hauptkritikpunkte der Jäger bleiben damit in der Vorlage.

Nachtjagdverbot soll auch für Wildhut gelten

Die Regierung anerkennt jedoch die Bedenken der Abgeordneten bezüglich Tierschutz. So hielt etwa der stellvertretende VU-Abgeordnete Hubert Büchel in der ersten Lesung fest, dass die vorgesehene Möglichkeit der Nachtjagd für die staatlichen Wildhüter nicht mit dem Tierschutz vereinbar sei. In diesem Punkt hat die Regierung die Gesetzesvorlage angepasst. Neu soll auch für die Wildhut ein generelles Nachtjagdverbot gelten.

Ebenso soll die Schonzeit um einen Monat auf den 15. Juli verlängert und die Jagdzeit im Drei-Phasen-Modell um einen Monat auf den 31. Dezember verkürzt werden. Für Intensivbejagungsgebiete war in der ursprünglichen Vorlage vorgesehen, dass trüchtige und führende Tiere im Zeitraum vom 1. Februar bis zum 15. Juni nicht erlegt werden dürfen. Mit der



Eine Hirschkuh mit ihrem Kalb: Die weiblichen Tiere und Kälber bzw. Kitze stehen im Herbst im Fokus bei den geplanten und durch die Wildhut koordinierten Reduktionsjagden. Bild: Keystone

Verlängerung auf den 15. Juli hat die Regierung auch hier die Tierschutzbedenken des Landtags aufgenommen.

Für die dritte Phase hatte die Regierung eine Jagdzeit bis zum 31. Januar vorgesehen. Diese sollte aber die Ausnahme darstellen und nur im Januar gejagt werden, wenn die Abschusspläne nicht erfüllt sind.

«Aufgrund der entsprechenden Anregungen anlässlich der ersten Lesung und insbesondere aufgrund der Tatsache, dass eine längere Jagdruhezeit dem Tierschutz bzw. dem Tierwohl zuträglich ist, hat sich die Regierung entschieden, die Dauer der dritten Phase zu reduzieren», schreibt die Regierung in ihrer Stellungnahme. Insgesamt

will die Regierung aber am Drei-Phasen-Modell festhalten. «Ziel dieser Einteilung ist es, Zeiträume zu schaffen, in welchen die Wildhut die Möglichkeit hat, zielgerichtete und, wo sinnvoll, revierübergreifende Reduktionsjagden zu koordinieren. Dies soll in der ersten und dritten Phase der Fall sein», schreibt die Regierung. Der Fo-

kus liegt bei den koordinierten Reduktionsjagden im Frühjahr bei einjährigen Tieren und im Herbst bei reproduzierenden weiblichen Tieren und Kälbern bzw. Kitzen.

Die Jäger können weiterhin in allen drei Phasen die Jagd unabhängig von koordinierten Reduktionsjagden ausüben. Die Erlegung von Trophäenträgern – also Hirschen und Rehböcken – spielt für die Reduktion des Wildbestandes eine untergeordnete Rolle.

Kommt es zum Referendum durch die Jäger?

Die 2. Lesung und Verabschiedung des Jagdgesetzes ist für die November-Session geplant. Dabei ist mit verschiedenen Anträgen und erneuten langen Diskussionen zu rechnen. Durch die Anpassungen der Regierung im Sinne des Tierschutzes hat die Vorlage nun aber gute Chancen, eine Mehrheit im Landtag zu erhalten.

Doch auch dann ist die Sache wohl noch nicht erledigt. Denn aus der Jägerschaft ist zu vernehmen, dass sie in diesem Fall das Referendum ergreifen wird, um die Gesetzesanpassung zu bekämpfen. Dann wird sich auch das Stimmvolk mit der Thematik «Schutzwald» auseinandersetzen müssen.

Patrik Schädler